

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Max Hildebrandt
Redaktions-Telefon: 23241
Für die Redaktion: Nr. 23021
Schulstraße 1, Dresden-Neustadt

Preis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)
Anzeigenpreis: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)
Abonnement: 30 Pf. (Postzusatz 6 Pf.)
Einzelposten: 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.)

Druck: 1000 Exemplare
Verlag: 1000 Exemplare
Anzahl: 1000 Exemplare

Die Durchführung des Wirtschaftsplanes

Besprechungen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften

Berlin, 7. Sept. Am Mittwochvormittag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache zwischen den an der Durchführung des Wirtschaftsplanes hauptbeteiligten Ministern, der Reichsbank und führenden Persönlichkeiten der Unternehmerschaft statt, die hinsichtlich der Bedeutung und des Zweckes der erlassenen Notverordnung und der weiteren Behandlung der noch bevorstehenden Ausführungsbestimmungen eine weitgehende Übereinstimmung erzielte. Die kurze Aussprache hatte informativen Charakter. Ueber die Durchführung der sozialpolitischen Maßnahmen finden a. B. noch weitere Besprechungen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium statt.

Ein „Wertjahr der Akademiker“

Berlin, 7. Sept. Zwischen den ausländischen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums und den Hochschulreferenten der Länder hat eine Fühlungnahme stattgefunden über die Fragen der Einführung eines Wertjahres der Akademiker. Die Einführung dieses Wertjahres hat bei den Hochschulreferenten der Länder weitestgehende Zustimmung gefunden. Im einzelnen soll der Plan noch in seinen Grundzügen festgelegt werden und in weiteren Besprechungen mit den Hochschulreferenten, dem Reichskommissar für den Arbeitsdienst und den Hochschulorganisationen erörtert werden. Man nimmt in ausländischen Kreisen an, daß diese Vorbereitungen bis Mitte nächster Woche erledigt sein können, so daß dann die offiziellen abschließenden Verhandlungen beginnen können. Das Ziel der Verhandlungen ist, das Wertjahr vom 1. April nächsten Jahres ab in Kraft treten zu lassen.

Fortschreitender Optimismus

London, 7. Sept. „Daily Telegraph“ schreibt: Aus allen Teilen der Welt trafen gestern Meldungen von einem zunehmenden Optimismus auf dem Gebiet des Handels ein. Das Vertrauen gründet sich hauptsächlich auf die stetige Erholung der Preise für Weizen, Baumwolle, Nahrungsmittel und Metalle, sowie auf die guten Nachrichten von der Pariser und der Berliner Börse. Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt, beinahe über Nacht sei bei der deutschen Wirtschaft ein neues Leben eingetreten. Dieser Stimmungsumschwung habe auch auf die breiten Massen des Publikums übergriffen. Die härteste Anstrengung für diese Erscheinung sei natürlich das

Wirtschaftsprogramm der Regierung. Auch in der „Daily Mail“ heißt es, jeder Tag bringe neue Meldungen über Wiederbelebung des Handels in vielen Ländern.

Italien auf der Konferenz von Stresa

Mailand, 7. Sept. Das Hauptinteresse in der Dienstags-Sitzung der Konferenz von Stresa fanden die Ausführungen des italienischen Vertreters de Michelis. Er wandte sich gegen einen Gesamtplan und trat für Lösungen von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der einzelnen Länder ein. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Zentral- und Osteuropas könne nicht getrennt werden von dem Finanzproblem und dem Problem der internationalen Schulden. De Michelis wandte sich nicht unbedingt gegen gewisse Vorzugszölle, erklärte aber,

daß Italien grundsätzlich auf dem klassischen Grundlag seiner Handelspolitik, Selbstbegünstigung und zweiseitige Verträge, beharre.

Da aber das Osteuropa-Problem bringenden Charakter habe, sei die italienische Abordnung bereit, in voller Freiheit jeden Vorschlag, der praktisch sei, zu prüfen, wenn er mit dem Gesamtinteresse, mit dem besonderen Interesse Italiens und den Rechten Dritter vereinbar sei.

Amerika für Verschiebung der Weltwirtschaftskonferenz

London, 7. Sept. Der Korrespondent der „Times“ in Washington meldet: Hochgestellte Beamte der Regierung haben gestern zu verstehen gegeben, die Vereinigten Staaten würden dringlich, daß die Weltwirtschaftskonferenz bis nach den Präsidentschaftswahlen und möglichst sogar bis zur Mitte des Winters verschoben werde. Diese Ansicht wurde dem italienischen Vorkämpfer am Sonnabend vom Staatsdepartement inoffiziell mitgeteilt. Als Grund dieser Haltung führt der Korrespondent an, frühestens zu bestimmten werden sich die Erregung des Wahlkampfes gelegt haben.

Kein Zigarettenmonopol

Berlin, 7. Sept. Zu den Nachrichten über die Einführung eines Zigarettenmonopols wird von ausländischer Stelle erklärt, daß im Reichswirtschaftsministerium von derartigen Plänen nichts bekannt sei.

Die Auflösung des Reichstages scheint sicher

Berlin, 7. Sept. In politischen Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, rechnet man mit steigender Gewißheit mit der für nächste Woche bevorstehenden Auflösung des Reichstages. Das Parlament tritt bekanntlich am kommenden Montag zusammen. Der Reichskanzler wird zunächst eine Rede halten, in der er das Regierungsprogramm verkündet. Möglicherweise verläßt man sich dann auf Dienstag, um in die Aussprache einzutreten. Diese wird voraussichtlich mit einer Rede des nationalsozialistischen Abg. Straßer eröffnet werden, der die ablehnende Stellungnahme der NSDAP. begründen wird.

Inzwischen wird von nationalsozialistischer Seite ebenfalls ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung, vielleicht auch der Antrag auf Aufhebung der neuen Notverordnung, die das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung enthält, eingebracht. Die Sozialdemokraten haben ihrerseits schon einen ähnlichen Antrag eingebracht. Möglicherweise werden die Deutschnationalen ein Vertrauensvotum für die Reichsregierung einbringen.

Ueber die Aussichten eines neuen Wahlkampfes ist man in den politischen Gruppen sehr unterschiedlicher Meinung. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß fast durchweg alle Parteien nicht den Wunsch haben, schon wieder Neuwahlen durchführen zu müssen. Die Deutschnationalen glauben, daß ihnen der Wahlkampf nur zu Gute bringen könnte. Dasselbe Auffassung vertreten aber auch die Nationalsozialisten, die die Hoffnung haben, daß durch ihre heftige Opposition gegen die Reichsregierung gewisse Hindernisse, die sich ihnen im letzten Wahlkampf entgegenstellten, inzwischen ausgeschaltet sind, und daß es ihnen nunmehr gelingen wird, in breiter Front in die Kreise der marxistischen Arbeiterschaft einzubrechen. Sie sind davon überzeugt, daß ihnen die Neuwahl, die etwa im November stattfinden würde, nicht nur keine Einbuße, sondern ein Mehr von mindestens zwanzig Mandaten erbringen würde. Der Zentrumspartei scheint es ziemlich gleichgültig zu sein, ob ein neuer Wahlkampf vor sich geht oder nicht. Indessen fürchtet man in sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen, trotz aller starken Worte in der Öffentlichkeit, den Wahlkampf erleblich, da man, wie oben bereits angedeutet, einen starken Einbruch der Nationalsozialisten für möglich hält.

Die Reichsregierung selbst scheint allen diesen Möglichkeiten ziemlich indifferent gegenüberzustehen. Ihr kommt es zunächst auf nichts anderes an, als das Wirtschaftsprogramm durchzuführen, und auch der Reichspräsident scheint entschlossen, der Regierung seines Vertrauens die Durchführung zu ermöglichen. Auch hofft man offenbar in Regierungskreisen, daß sich sehr bald schon eine Auswirkung des Wirtschaftsprogramms dadurch ergeben wird, daß es gelingt, die Arbeitslosenlöhne zu senken. Sollte es möglich sein, daß, wie die Regierung hofft und wünscht, schon in naher Zukunft eine Million und mehr Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden, dann würde das zweifellos auch innenpolitisch zu einer Entspannung beitragen.

Es ist sehr bald schon eine Auswirkung des Wirtschaftsprogramms dadurch ergeben wird, daß es gelingt, die Arbeitslosenlöhne zu senken.

Sollte es möglich sein, daß, wie die Regierung hofft und wünscht, schon in naher Zukunft eine Million und mehr Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden, dann würde das zweifellos auch innenpolitisch zu einer Entspannung beitragen.

Einsturzungslied auf einer Brandstätte

Kopenhagen, 7. September. Auf dem landwirtschaftlichen Anwesen der Frau Weini in Grundöhl (Gemeinde Bad Döbenstedt) brach aus bisher unbekannter Ursache Feuer aus, dem die großen Erntevorräte sowie die landwirtschaftlichen Geräte in kürzester Zeit zum Opfer fielen. Bei den Aufräumarbeiten am Dienstag wurde plötzlich eine Menge der ausgetrockneten Scheune ein und durchdrang das Gewölbe. Mehrere der Helfer wurden unter den Trümmern begraben.

Zwei 17 Jahre alte Burschen und ein 48 Jahre alter Mann, die freiwillig mitgeholfen hatten, konnten nur als Leichen geborgen werden.

Ein Mann wurde schwerverletzt ins Krankenhaus geschafft. Auch bei ihm besteht Lebensgefahr. Mehrere Leute erlitten leichtere Verletzungen.

Wahlen zum Landsting in Dänemark

Kopenhagen, 7. Sept. Bei den am Dienstag in Dänemark abgehaltenen Wahlen zum Landsting in den drei Wahlkreisen Kopenhagen, Fünen und Nordjütland haben die Konservativen von den radikalen Bürgerlichen (Demokraten) ein Mandat gewonnen. Das Landsting wird sich jetzt wie folgt zusammensetzen: Konservative 18 (bisher 12), Venstre 28 (28), Sozialdemokraten 27 (27), Demokraten 7 (8), Farthersches Mandat 1 (1).

Neue Bohlkottbewegung gegen Japan

London, 7. Sept. „Times“ meldet aus Shanghai: Gleichgültige Handelsreisende, zu denen die Inhaber des größten Teiles der chinesischen Kaufhäuser von Shanghai gehören, haben gestern vormittag ein Manifest veröffentlicht, in dem sie eine „wirtschaftliche Blockade“ gegen Japan erklären und die ganze Nation aufzurufen, sich daran zu beteiligen.

Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung

Bermutungen über die Antwort Frankreichs

Paris, 7. Sept. Der „Matin“ glaubt in der Lage zu sein, einige Angaben über den vermutlichen Inhalt der französischen Antwort auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung zu machen. Drei Möglichkeiten sollen von der französischen Regierung hervorgehoben und geprüft worden sein. Wenn es der Reichsregierung darauf ankomme — so werde es in der französischen Antwort heißen —, die Effektivität der französischen Antwort zu erhöhen und sich der Militärforderungen des Versailles-Vertrages zu entziehen, so müsse sie dazu die Meinung der Garantemächte dieses Vertrages einholen.

Der genannte Ort hierfür sei Genf, um so mehr, als Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei.

Wenn sich die deutschen Forderungen darauf beschränken, eine Umänderung der Militärcapitulation vorzunehmen, so habe die Reichsregierung die Möglichkeit, ihre diesbezüglichen Forderungen in Genf zu unterbreiten. Dies jedoch unter der Bedingung, daß die Umänderung der Statuten keine Erhöhung der Effektivität nach sich ziehe. Der Wortlaut des Versailles-Vertrages sei gerade in diesem Punkt klar und unabweisbar. Die dritte Möglichkeit sei schließlich die: Deutschland fordere Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage, und zwar auf dem niedrigsten Stand, d. h. in Übereinstimmung mit dem möglichen Ergebnis der Abrüstungskonferenz. In diesem Fall würde die Reichsregierung auf daran tun, die politischen Auswirkungen der Abrüstungskonferenz abzuwarten. In der französischen Antwort, so betont das Blatt weiter, werde die französische Regierung ferner zum Ausdruck bringen,

daß die deutschen Forderungen aus Gründen der Verunft und in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen niemals Gegenstand direkter und anschließlicher Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sein könnten.

Die deutsche Drohung, in Zukunft nicht mehr an den vorbereitenden Arbeiten der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, falls ihr in der Rüstungsfrage keine Genugtuung gegeben werde, sei vollkommen unbegründet und könne durch nichts gerechtfertigt werden.

Der deutsche Außenminister hat schon in seinen Erörterungen mit Francois Boncet keinen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland es ganz nachdrücklich ablehnen würde, die Frage der Gleichberechtigung etwa vor das Gremium des Völkerbundes schieben zu lassen.

Amerika bleibt zurückhaltend

New York, 7. Sept. Die Blätter bringen das deutsche Memorandum über die Gleichberechtigung in großer Aufmerksamkeit. „The Herald Tribune“ veröffentlicht aus Washington ungefähr den gleichen Kommentar wie ihn das Staatsdepartement am 1. September gegeben hat. „Times“ meldet außerdem, in Regierungskreisen bestehe Verständnis für Deutschlands Wunsch nach dem richtigen Platz unter den Nationen. Indessen hege man einige Bedenken für den Erfolg der Abrüstungskonferenz. Im wesentlichen beobachtet man jedoch die größte Zurückhaltung und vertraue darauf, daß der weitere Verlauf der Ereignisse sich so gestalten werde, daß Deutschland an der Konferenz teilnehmen werde.

Englische Stimmen

London, 7. Sept. Die gesamte englische Presse gibt die Erklärungen, die General von Schleicher anlässlich der Wanderversammlung in Ostpreußen gemacht hat, an hervorragender Stelle wieder. Die „Times“ meint, daß Schleicher mit seinen Feststellungen ein neues Element in die Erörterungen über Deutschlands Rüstungsforderungen getragen habe. In der Meinung der „Morning Post“ wird darauf hingewiesen, daß Ostpreußen die Angriffe am meisten ausgelebte Provinz Deutschlands ist. Deutschland könne viele politische Persönlichkeiten und Stellungen nennen, die die Einverleibung Ostpreußens in Polen verlangten.

Bereitete Kommunistenunruhen

Glogau, 7. Sept. Hier wurden zwei Kommunisten festgenommen, die während der im Kreise Glogau abgehaltenen Wanderversammlungen unter dem Vorwand des vietnamesischen Pionierbataillons kommunistische Besetzungsschriften verteilt hatten.